

**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**

Andreas Flocken

E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)

[www.ndr.de/streitkraefte](http://www.ndr.de/streitkraefte)

**Inhalt:**

- Kurswechsel bei der Bundeswehr – Weitere Soldaten nach Afghanistan?
- Kein Platz mehr in den Streitkräften? Streit um Transgender-Soldaten in den USA
- Wende bei Waffenhersteller Heckler & Koch? Rüstungsschmiede will Zurückhaltung bei Waffenexporten üben
- Rückkehr der Minen in den NATO-Streitkräften – Schleichende Erosion des Vertrages über ein Verbot von Landminen?

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zur letzten Ausgabe unserer Sendereihe in diesem Jahr, am Mikrophon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Diesmal geht es um folgende Themen:

- Kein Platz mehr in den Streitkräften? Streit um Transgender-Soldaten in den USA
- Wende bei Heckler & Koch? Rüstungsschmiede will Waffen nicht mehr in Krisengebiete liefern. Und:
- Rückkehr der Minen in den NATO-Streitkräften – Schleichende Erosion des Vertrages über ein Verbot von Landminen?

Zunächst jedoch zur Diskussion über eine Truppenaufstockung der Bundeswehr in Afghanistan. Der US-Präsident hatte vor vier Monaten eine schärfere Gangart am Hindukusch angekündigt. Ziel sei das Töten von Terroristen und nicht mehr Nationbuilding. Die US-Truppen wurden inzwischen verstärkt. Zugleich verlangte Trump von den Verbündeten, ebenfalls militärisch mehr als bisher in Afghanistan zu tun.

Im November kündigte schließlich auch NATO-Generalsekretär Stoltenberg an, die Allianz werde die Zahl ihrer Soldaten erhöhen: von rund 13.000 auf insgesamt 16.000. Die Bundeswehr ist zurzeit mit bis zu 980 Soldaten am Hindukusch. Dabei solle es auch bleiben, bekräftigte damals Verteidigungsministerin von der Leyen:

#### O-Ton von der Leyen

„Im letzten Jahr, als andere ihre Truppenzahl reduziert haben, da hat Deutschland aufgestockt - um 20 Prozent. Das wissen unsere Partner auch, so dass wir uns jetzt nicht in der ersten Reihe sehen, für eine Truppenaufstockung.“

Doch während ihres Weihnachtsbesuchs in Mazar-i-Sharif in der vergangenen Woche waren von der CDU-Politikerin auf einmal ganz andere Töne zu hören:

#### O-Ton von der Leyen

„Mir sagen die Soldatinnen und Soldaten, vor allen Dingen die Ausbilder: Wir haben genug Ausbilder. Wir könnten aber deutlich mehr machen, wenn wir bessere Schutzkomponenten hätten, mehr Schutzkräfte. Jetzt ist es so, dass Aufträge liegen bleiben.“

Die Verteidigungsministerin macht sich also stark für eine Aufstockung des Bundeswehrkontingents - über die bisher erlaubten 980 Soldaten hinaus. Entscheiden muss darüber der Bundestag - schon in drei Monaten. Obwohl die NATO-Mission Resolute Support eine Ausbildungsmission ist, sind nur ein Bruchteil der Bundeswehr-Soldaten als Berater oder Ausbilder der afghanischen Sicherheitskräfte tätig. Kenner schätzen ihre Zahl auf bestenfalls 10 %. Eine konkrete Zahl wollte das Einsatzführungskommando auf Anfrage von NDR Info nicht nennen. Beraten werden zudem lediglich Befehlshaber auf höchster Ebene - nicht aber Kompaniechefs oder Bataillonskommandeure, die unmittelbar mit den Aufständischen zu tun haben. Anders ist inzwischen das Vorgehen der USA. US-Ausbilder begleiten und beraten die militärischen Führer der afghanischen Sicherheitskräfte auch auf der unteren Ebene - ggf. sogar im Gefecht. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Forderung ebenfalls schon bald auf die Bundeswehr zu kommen wird. Der Hindukusch könnte daher für die deutschen Streitkräfte wieder das Haupteinsatzgebiet werden.

Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte).

Zu unserem nächsten Thema.

Transgender - so werden allgemein Menschen bezeichnet, die sich jeweils dem anderen Geschlecht zugehörig fühlen. Männer, die sich als Frau empfinden, und umgekehrt. Oder aber Personen, die sich keinem der beiden Geschlechter zuordnen. Wie in allen gesellschaftlichen Bereichen gibt es auch bei den Militärs Transgender. In den USA will Präsident Trump verhindern, dass Transgender in den Streitkräften dienen. Allerdings haben US-Gerichte eine entsprechende Präsidenten-Anordnung vorerst ausgesetzt. Der Streit geht aber trotzdem weiter - Ausgang offen. Informationen von unserem Korrespondenten in Washington - Marc Hoffmann:

#### Manuskript Marc Hoffmann

Für Ray Duvall glichen die meisten Jahre in der U.S. Army einem Versteckspiel. Erst an der renommierten US-Militärakademie in Westpoint bis 2008, dann auf verschiedenen Stützpunkten als Leutnant im Pionierregiment. Transgender hatten keinen Platz.

#### O-Ton Duvall (overvoice)

„Aufgrund meines Auftretens sind andere davon ausgegangen, dass ich lesbisch bin. Ich habe es dabei belassen. Aber ich habe geschauspielert. Ich identifiziere mich weder als Mann noch als Frau. Es gibt ein breites Spektrum, wie sich sogenannte nicht-binäre Menschen identifizieren und ihr Geschlecht ausdrücken.“

Ray arrangierte sich, fiel nicht auf. Andere Transgender hatten es dagegen schwerer klarzukommen. Als „Andersartige“ gebrandmarkt, drohte ihnen der Rauswurf.

Es geht um - grob geschätzt - rund 2.500 Aktive in den US-Streitkräften, die sich als Transgender identifizieren. Das sind weniger als 0,5 Prozent im US-Militär, heißt es in einer Studie für das Pentagon von vor zwei Jahren. Auch wenn Interessenverbände von etwas höheren Zahlen ausgehen, ist es ein

Bruchteil. Trotzdem wird seit Längerem in den USA heftig gestritten über den richtigen Umgang mit Transgender in Uniform. Veteran Ray Duvall:

O-Ton Duvall (overvoice)

„Das amerikanische Militär ist sicher die Institution mit den starrsten Geschlechterrollen in unserer Gesellschaft. Es gibt für alles einen männlichen Standard und einen Standard für die Frau. Was dazwischen liegen könnte, wird nicht berücksichtigt. Es gibt Uniformen für Männer und Frauen, ebenso Umkleiden und Duschen, einen Standard-Haarschnitt für Männer und Frauen und bestimmte Leistungssportwerte. Du musst in eine der Kategorien passen.“

Nachdem die Obama-Regierung die Truppe bereits für bekennende Schwule und Lesben geöffnet hatte, suchte sie nun nach einem Mittelweg für Transgender. Im Juli 2016, nach einer zwölfmonatigen Untersuchungsphase, verkündete der damalige Verteidigungsminister Ashton Carter das Ende des sogenannten Transgenderbanns.

O-Ton Carter (overvoice)

„Ab sofort dürfen amerikanische Transgender offen dienen. Sie dürfen deswegen nicht aus dem Militärdienst entlassen oder gesondert behandelt werden. Zusätzlich habe ich angewiesen: Die Geschlechtsidentität eines sonst qualifizierten Bewerbers darf keinen Ablehnungsgrund mehr darstellen.“

Transgender-Personen müssten sich nicht länger verstecken. Carter erklärte, das Pentagon werde außerdem die medizinischen Kosten für all die Transgender im aktiven Dienst übernehmen, die sich einer Geschlechtsumwandlung unterziehen wollten. Neue Rekruten dagegen, die sich als Transgender identifizieren, müssen die Behandlung erfolgreich abgeschlossen haben.

Doch Experten weisen darauf hin: Nur ein Bruchteil aller Transgender strebt tatsächlich eine medizinische Behandlung zur Geschlechtsumwandlung an. Sei es durch Hormontherapie oder, seltener, kombiniert mit chirurgischen Eingriffen. Oft geht es Betroffenen um die soziale Anerkennung.

Ex-Verteidigungsminister Carter betonte 2016: Für Transgender sollten die gleichen Standards gelten, wie für jeden anderen und jede andere, die sich verpflichtet. Für ihn eine Frage des Prinzips.

### O-Ton Carter

„Is someone the best qualified service-member to accomplish a mission.“

Es gehe darum, die Bestqualifizierten für das Militär zu gewinnen, egal mit welchem Geschlecht sie sich identifizierten, so der damalige Pentagon-Chef 2016.

Carter stellte einen detaillierten Umsetzungsplan vor. Nach der sofortigen Anerkennung aller Transgender, die sich bereits im aktiven Militärdienst befunden hatten, sollte die Truppe ein Jahr später, also im Sommer 2017, in die nächste Phase eintreten. Dann sollten die Streitkräfte auch bereit sein, Transgender-Bewerber aufzunehmen, wenn sie die allgemeinen, strengen Aufnahmekriterien erfüllten.

Doch daraus wurde zunächst nichts. Der Neue im Pentagon – Trumps Verteidigungsminister James Mattis - hat den Stichtag zur Aufnahme von Transgender um ein halbes Jahr verschoben, auf den 1. Januar 2018. Der Generalstabchef der Streitkräfte, General Joseph Dunford erklärte, man brauche mehr Zeit:

### O-Ton Dunford (overvoice)

„Es wurden einige Bedenken geäußert bezüglich der Frage, nach welchen Kriterien Transgender künftig beurteilt werden sollen. Der Verteidigungsminister schaut sich das an. Das ist allerdings keine Abkehr unserer Linie. Es geht lediglich um die nächste Umsetzungsphase, ab wann auch Transgender-Bewerber zugelassen werden.“

Die „Washington Post“ berichtete von Widerstand in den eigenen Reihen unter höheren Offizieren gegen Obamas Entscheidung. Als US-Präsident Donald Trump Wochen später wie aus heiterem Himmel dazu twitterte, fühlten sich viele Kritiker bestätigt. Am 26. Juli 2017 erklärte Trump, er habe sich mit „seinen Generälen“ und Militärexperten beraten. Die Vereinigten Staaten würden Transgender-Personen nicht erlauben, in den Streitkräften zu dienen. In einem weiteren Tweet begründete Trump: Das Militär müsse sich auf den entschlossenen und überwältigenden Sieg konzentrieren.

### O-Ton Trump (overvoice)

„Ich tue vielen Leuten einen Gefallen, dies offen auszusprechen. Es ist eine sehr komplizierte und verwirrende Angelegenheit für das Militär. Ich tue dem Militär einen großen Gefallen.“

...erklärte Trump Wochen später auf Nachfrage. Seine zwei Kernargumente: Einerseits die angeblich horrenden Kosten, die Transgender in Uniform verursachen würden. Andererseits die negativen Auswirkungen, die Transgender auf eine sonst effizient funktionierende Truppe hätten. Behauptungen, für die Wissenschaftler bisher keine Belege finden konnten. Sie verweisen auf Erfahrungen in anderen Ländern, darunter Deutschland, Frankreich und Israel. Außerdem hätten Untersuchungen gezeigt, dass der Zusammenhalt in den Einheiten keineswegs beeinträchtigt werde durch die Integration von Frauen, Homosexuellen und auch Transgender in das US-Militär oder in jede andere Truppe.

Trumps Kehrtwende per Twitter überraschte selbst das Pentagon. Verteidigungsminister James Mattis befand sich zu dem Zeitpunkt gerade im Urlaub. Öffentlich hat er sich bis heute nicht in die Karten schauen lassen, was er persönlich davon hält. Es scheint allerdings, als versuchten die Generäle die Angelegenheit auszusitzen. Mattis hat jedenfalls eine weitere interne Untersuchung angekündigt. Mitte Februar will er einen Plan vorlegen, wie man Trumps Wunsch umsetzen könne. Pentagon-Vertreter erklärten vor einigen Monaten: Hunderte Transgender-Soldaten hätten sich mittlerweile geoutet. Nennenswerte Probleme seien nicht bekannt geworden. Admiral Paul Zukunft, Kommandant der US-Küstenwache, berichtet, wie er mit der politischen Kehrtwende aus dem Weißen Haus umgegangen ist:

#### O-Ton Zukunft (overvoice)

„Das erste, was wir getan haben: Wir sind in Kontakt getreten mit allen 13 Mitgliedern der Küstenwache, die sich unter der neuen Obama-Richtlinie als Transgender geoutet hatten. Wir werden ihnen nicht den Rücken kehren, habe ich ihnen erklärt. Wir haben in euch investiert, ihr in die Küstenwache. Ich werde das Vertrauen nicht brechen. Das ist unsere Zusage. Es handelt sich um eine sehr geringe Zahl Betroffener. Aber sie leisten bedeutende Arbeit für die Küstenwache.“

Aber wahr ist auch, nicht jeder denkt so. Leutnant Ray Duvall, Veteran der U.S. Army, arbeitet heute für das National Center for Transgender Equality. Duvall berichtet von Widerständen.

#### O-Ton Duvall (overvoice)

„Einige Teilstreitkräfte haben die Vorgaben besser umgesetzt als andere. Einige Stützpunkte innerhalb der Bereiche sind weiter als andere. Es gab große Unterschiede.“

Das dürfte viel mit der jeweiligen Bereichsführung zu tun haben und dem gelebten Kompanie-Geist.

Die Kritiker haben mit Trump und den Republikanern ihre Fürsprecher gefunden. Anfang Juli scheiterte im US-Kongress nur ganz knapp ein Gesetzesvorstoß, der dem Pentagon verboten hätte, medizinische Behandlungen für Transgender zu bezahlen. Die führende Demokratin im Repräsentantenhaus, Nancy Pelosi, verweist auf Studienergebnisse, wonach die Behandlungskosten für Transgender tatsächlich nur einen kleinen Anteil ausmachten.

#### O-Ton Pelosi (overvoice)

„Es ist eine grausame und willkürliche Entscheidung. Diese beleidigt amerikanische Transgender, die sich entschieden haben, unserem Land zu dienen und es zu verteidigen. Trumps Behauptung zu den enormen medizinischen Kosten ist eine fette Lüge. Tatsächlich sind die Kosten sehr gering. Das Pentagon gibt jährlich fünf Mal mehr für Viagra aus als für Geschlechtsumwandlungen.“

Konservative wie die Aktivistin Elaine Donnelly sprechen dagegen wörtlich von einem „sozialen Experiment“, das nun beendet werden müsse. Donnelly leitet das Center for Military Readiness.

#### O-Ton Donnelly (overvoice)

„Es gibt Leute, die sind einfach nicht berechtigt zum Dienst an der Waffe. Das hat körperliche oder aber psychologische Gründe. Transgender sind nur ein Teil davon. Natürlich ist es ein politisch sensibles Thema. Transgender haben starke Interessenvertreter. Das heißt aber nicht, dass es nach der Obama-Entscheidung nun so weitergehen muss. Wir haben einen neuen Präsidenten. Die Wähler haben sich für ein Ende der politischen Korrektheit in der Armee entschieden. Präsident Trump wird das Versprechen einhalten. Er tut es auf seine Art und Weise. Offizielle Schritte werden folgen. Und die Dinge werden umgesetzt, ohne negative Folgen für Einzelne.“

Das letzte Wort haben allerdings die Gerichte. In mehreren Verfahren haben verschiedene Richter entschieden, dass die US-Regierung am Stichtag 1. Januar 2018 nicht rütteln darf. Das Militär habe genug Zeit gehabt, sich auf mögliche Transgender-Rekruten vorzubereiten, heißt es unter anderem in den Be-

gründungen. Während Trump weiter auf den Rechtsweg setzt, hat sich das Pentagon mittlerweile darauf eingestellt, ab 2018 Transgender aufzunehmen. Die Führung im Pentagon geht den unter Obama eingeschlagenen Weg weiter und ist bemüht, den politisch aufgeheizten Streit um Transgender aus der Truppe herauszuhalten.

Leutnant Ray Duvall bemerkt: Nur wer frei von Angst dienen kann, ist ein guter, leistungsfähiger Soldat. Als Transgender hat Duvall zumindest bei der U.S.-Army in den vergangenen Jahren einen Wandel beobachtet:

#### O-Ton Duvall (overvoice)

„Ich würde nicht sagen, dass sie liberal sind. Das Militär ist nach wie vor ein sehr konservativer Bereich. Aber sie sind sehr gut darin, Befehle zu befolgen. Und wenn es die Anweisung gibt, von nun an Transgender zu akzeptieren und sie zu integrieren, dann wird das gemacht. Über alle Dienstgrade hinweg überwiegt die Professionalität über persönliche Ansichten. Zunächst mag es vielleicht lauten Protest geben. Aber am Ende des Tages werden sie den Wandel akzeptieren und problemlos mitziehen.“

\* \* \*

#### Flocken

Ein Bericht von Marc Hoffmann.

Die Firma Heckler & Koch produziert u.a. das Sturmgewehr G36 - das langjährige Standardgewehr der Bundeswehr. Wegen seiner Waffenlieferungen stand das Unternehmen immer wieder in der Kritik. Nun hat Heckler & Koch angekündigt, Waffen nicht mehr um jeden Preis zu verkaufen und sich in Zurückhaltung zu üben. Wie glaubwürdig sind solche Verlautbarungen? Jerry Sommer ist dieser Frage nachgegangen:

#### Manuskript Jerry Sommer

Die Firma Heckler & Koch gehört zu den weltweit führenden Herstellern von Kleinwaffen. Ihr Hauptsitz ist im schwäbischen Oberndorf, aber sie hat auch Dependancen in Frankreich, Großbritannien und den USA. Pistolen, Maschinenpistolen, Sturmgewehre und Maschinengewehre modernster Bauart sind in ihrem Sortiment. Jahrzehntlang exportierte das Unternehmen in die ganze



Welt. Allein vom Sturmgewehr G3 sollen 15 Millionen Exemplare im Umlauf sein. Die Waffenschmiede hat mehr als 600 Mitarbeiter und einen Jahresumsatz von über 200 Millionen Euro. Außer in der Antarktis und in den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes sind Heckler & Koch-Waffen überall in der Welt zu finden. Rüstungsexportkritiker Jürgen Grässlin von der „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“:

#### O-Ton Grässlin

„Die großen Krisen- und Kriegsgebiete der Welt sind überschwemmt mit Heckler & Koch-Waffen. In der Regel verfügen die verfeindeten Staaten beide oder alle drei Konfliktparteien über Heckler & Koch-Waffen. Und da sind wir natürlich beim Nahen und Mittleren Osten, in Südostasien und zahlreichen afrikanischen Krisen und Kriegsgebieten.“

Doch Exporte in Krisengebiete sollen nun der Vergangenheit angehören: Das wurde bereits im vergangenen Jahr von einem Firmensprecher mitgeteilt. Allerdings wollte er damals anonym bleiben. In diesem Jahr bekannte sich Heckler & Koch auf seiner Aktionärsversammlung nun auch öffentlich zu der neuen Exportstrategie. Und Unternehmenssprecher Florian Bokermann teilte auch NDR Info schriftlich mit:

#### Zitat

„Heckler & Koch hat sich im Frühjahr 2016 eine neue Strategie gegeben. Als Konsequenz haben wir uns aus den Krisenregionen dieser Welt zurückgezogen. Unsere sogenannte Grüne-Länder-Strategie wird seither ausdrücklich unverändert und konsequent fortgeführt. Wir entfalten gegenwärtig und werden auch künftig ausschließlich in grünen Ländern Vertriebsaktivitäten entfalten, die demokratisch, in der NATO oder NATO-gleichgestellt sind und/oder als nicht korrupt eingestuft werden.“

Grünes Licht für Waffenlieferungen von Heckler & Koch soll es also nur noch bei Anfragen von demokratisch legitimierten Regierungen geben.

Rüstungsexporte müssen in Deutschland von der Bundesregierung genehmigt werden. Die Bundesregierung bekennt sich zwar zu einer „restriktiven“ Waffenexportpolitik, vor allem, wenn es um die Ausfuhr in sogenannte Drittländer geht – also Staaten, die nicht der NATO oder der EU angehören und die nicht der NATO gleichgestellt sind wie die Schweiz, Australien, Japan und Israel. Allerdings sind unter Hinweis auf vermeintliche sicherheits- und außenpolitische

Interessen Deutschlands immer wieder Ausfuhren auch an Drittstaaten und in Krisengebiete genehmigt worden. Der Konfliktforscher Wolf-Christian Paes vom Bonner Internationalen Konversionszentrum BICC begrüßt den Schwenk der Unternehmenspolitik von Heckler & Koch:

#### O-Ton Paes

„Nach Jahrzehnten, in denen man sich so ein bisschen hinter der Bundesregierung versteckt hat und gesagt hat: na ja, es ist ja genehmigt worden in Berlin, dann wird es so schon in Ordnung sein, ist die aktuelle Position von Heckler & Koch jetzt: wir gehen über das hinaus, was die Bundesregierung uns vorschreibt. Das heißt, selbst wenn wir gewissermaßen eine Genehmigung bekommen würden, würden wir unter gewissen Umständen ein Geschäft trotzdem nicht machen wollen.“

Auch der scharfe Kritiker von Heckler & Koch, Jürgen Grässlin von der „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“, ist positiv überrascht von der neuen Exportstrategie des Rüstungsproduzenten:

#### O-Ton Grässlin

„Im Moment sieht es so aus, dass sich Heckler & Koch ernsthaft bemüht, diese Strategie einzuhalten. Und damit dürfen alle Länder, die Heckler in den vergangenen Jahren teilweise systematisch und langjährig beliefert hat - wie beispielsweise Saudi-Arabien, auch die Türkei oder Ägypten und andere Länder - nicht mehr beliefert werden.“

Dies sei ein Erfolg der Friedens- und Menschenrechtsbewegung, die viele Jahre lang die Exportpraxis des schwäbischen Unternehmens kritisiert hat, meint Jürgen Grässlin. Im nächsten Jahr werden auch zwei ehemalige Geschäftsführer und vier weitere Mitarbeiter von Heckler & Koch in Stuttgart vor Gericht stehen. Sie sollen Sturmgewehre des Unternehmens in mexikanische Unruheprovinzen exportiert haben – obwohl dafür keine Exportgenehmigungen durch die Bundesregierung vorlagen.

Negativ-Schlagzeilen hatte Heckler & Koch zudem wegen angeblicher Funktionsmängel des G36-Sturmgewehrs gemacht. Die Waffe ist das Standardgewehr der Bundeswehr. Verteidigungsministerin von der Leyen hat inzwischen entschieden, alle 170.000 G36 der Bundeswehr auszumustern und neue Sturmgewehre für die Truppe zu kaufen. Heckler & Koch bewirbt sich um diesen Großauftrag. Das ist einer der Gründe für die neue Exportstrategie des

Unternehmens, vermutet Konfliktforscher Wolf-Christian Paes vom Internationalen Konversionszentrum Bonn:

#### O-Ton Paes

„Es geht ihnen jetzt sicher darum, auch im Umfeld der neuen Ausschreibung für das neue Bundeswehr-Sturmgewehr, sich als ein guter Player, als ein moralisch handelnder Waffenexporteur zu positionieren.“

Durch ein besseres Image erhofft sich die Waffenschmiede größere Chancen bei dem 250 Millionen Euro-Großauftrag der Bundeswehr. Doch für den Kurswechsel des Rüstungsunternehmens dürfte es auch noch andere Gründe geben. So hat die große Koalition vor zwei Jahren auf Initiative des damaligen Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel beschlossen, den Export von Kleinwaffen in sogenannte Drittländer besonders restriktiv zu handhaben. Genehmigungen für Lizenzproduktionen zum Beispiel in Saudi-Arabien werden deshalb nicht mehr erteilt. Heckler & Koch hat sich mit seiner neuen Exportstrategie also der aktuellen Genehmigungspraxis der Bundesregierung angepasst.

Hinzu kommen auch Auslastungsgründe. In den vergangenen Jahren ist die Nachfrage nach neuen Kleinwaffen in NATO-Ländern erheblich gestiegen. So hat Frankreich 100.000 Sturmgewehre vom schwäbischen Unternehmen bestellt. Und auch die deutsche und die französische Polizei haben angesichts der Terrorgefahren Tausende neuer Waffen in Oberndorf in Auftrag gegeben. Vor diesem Hintergrund hat Simone Wisotzki von der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ Zweifel, dass die von dem Unternehmen angekündigte restriktive Verkaufspolitik von Dauer sein wird:

#### O-Ton Wisotzki

„Man hat volle Auftragsbücher. Deswegen kann man sagen: wir liefern freiwillig nicht an Drittstaaten. Ich denke, der Druck kommt dann wieder, wenn gesagt wird, jetzt lassen diese Aufträge wieder nach, und das wird ja sicherlich kommen.“

Doch vorerst hält sich das Unternehmen offenbar an seine angekündigte neue Strategie - allerdings nur in Bezug auf neue Exportverträge. Unternehmenssprecher Florian Bokermann stellt auf Nachfrage von NDR Info schriftlich klar:

### Zitat

„Ausgenommen können Fälle sein, in denen Heckler & Koch gesetzlich und/oder vertraglich zur Erfüllung geltender Vereinbarungen von vor 2016 verpflichtet ist.“

Solche Ausnahmen kritisiert unter anderem die Nichtregierungsorganisation „Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“. Deren Sprecher Jürgen Grässlin:

### O-Ton Grässlin

„Es werden Altverträge erfüllt beispielsweise mit Staaten wie Indonesien, Malaysia oder Südkorea, die zweifelsohne auf Rot gesetzt werden müssen.“

In diese Staaten dürften keine Waffen exportiert werden, weil sie in Krisengebieten liegen bzw. weil in diesen Ländern Menschenrechte verletzt werden, sagt der Rüstungsexportkritiker.

Trotzdem: Es ist äußerst ungewöhnlich, dass eine Rüstungsfirma sich freiwillig Selbstbeschränkungen beim Verkauf von Waffen auferlegt, die viel weitergehen als die gesetzlichen Bestimmungen für Rüstungsexporte. Konfliktforscher Wolf-Christian Paes:

### O-Ton Paes

„Wenn das nun nicht nur eine kurzfristige Marketingmaßnahme ist - und das wird erst die Zukunft zeigen -, wäre das aus meiner Sicht eine positive Entwicklung. Eine Entwicklung, die Heckler & Koch möglicherweise zum Vorreiter auf diesem Gebiet machen würde.“

Heckler & Koch also als Vorbild für andere Waffenproduzenten? Rüstungsexportkritiker loben die neue Strategie der schwäbischen Waffenschmiede. Andere deutsche Rüstungsunternehmen dagegen hüllen sich in Schweigen. Und die nächste Bundesregierung? Dass sie Waffenexporte weiter einschränken und sich an der „Grüne-Länder-Strategie“ von Heckler & Koch orientieren wird, ist äußerst unwahrscheinlich.

\* \* \*

### Flocken

Soweit Jerry Sommer.

Der Einsatz von Minen gilt als besonders heimtückisch. Nichtregierungs-Organisationen haben vor knapp 20 Jahren erreicht, dass Anti-Personen-Minen verboten wurden - in der Konvention von Ottawa. Diese Kampfmittel haben seitdem in den westlichen Streitkräften keine große Rolle mehr gespielt - jedenfalls bisher. Denn jetzt erleben Landminen in mehreren NATO-Staaten eine Renaissance. Zu den Hintergründen – Björn Müller:

#### Manuskript Björn Müller

Im Kalten Krieg waren Minen eine wichtige Waffe der NATO-Streitkräfte. Das galt insbesondere für die Bundeswehr, die im Konfliktfall an vorderster Front eingesetzt worden wäre. Minen hatten aus Sicht der NATO einen defensiven Charakter. Sie sollten dabei helfen, eventuell angreifende sowjetische Truppen zu stoppen. Ein Lehrfilm der Bundeswehr von 1988 auf „Youtube“ beschreibt das Szenario:

#### O-Ton Bundeswehr-Video

„Bei Kontakt des Sensorrahtes wird die Mine aktiv. Ihre Hohlladung durchschlägt jede bekannte Panzerwanne mit verheerender Wirkung im Kampfraum – (Explosionen) – Nicht ausgelöste Minen zerstören sich nach Ablauf der programmierten Wirkzeit selbst und schützen so die eigene Truppe.“

Mit dem Ende des Kalten Krieges verschwanden Minen aus den Konzepten westlicher Militärplaner. Für die neue Form der Kriegsführung - Militärinterventionen außerhalb des Bündnisgebietes - waren sie nur von begrenztem Nutzen. Zudem gelten Minen in der Öffentlichkeit als besonders heimtückisch, weil sie nicht zu erkennen sind. In Dritte-Welt-Staaten wurde dieses Kriegsmittel aber weiterhin in großem Umfang eingesetzt. Das Problem: Auch nach Ende eines bewaffneten Konflikts waren sie gefährlich. Denn in der Regel wurden sie nicht geräumt. Minen-Splitterladungen töteten und verstümmelten daher tausende von Zivilisten. Die 1999 in Kraft getretene Ottawa-Konvention über ein Verbot von Anti-Personen-Minen gilt daher bis heute als ein Meilenstein des humanitären Völkerrechts.

Doch inzwischen steht die Minenkriegsführung bei einigen der westlichen Streitkräfte vor einer Renaissance. Grund ist der neue Konflikt mit Russland

seit der Annexion der Krim vor mehr als drei Jahren. Gerade die östlichen Allianz-Mitglieder fühlen sich durch Russland bedroht. Befürchtet wird eine hybride Kriegsführung gegen die baltischen Staaten und Polen. Das Szenario: In der ersten Phase wird durch Desinformationskampagnen und Propaganda die Bevölkerung verunsichert. In der zweiten Phase greift dann Russland massiv mit seinen Streitkräften ein. Minenfelder, so die Überlegung der NATO-Militärplaner, wären dann bestens geeignet, um gegnerische Truppen zu stoppen und abzunutzen.

Vor diesem Hintergrund könnte die Ächtung von Minen kontraproduktiv sein. Der polnische Militärexperte Marek Swierczynski vom Warschauer Beratungsunternehmen Polityka Insight nimmt kein Blatt vor den Mund:

O-Ton Swierczynski (overvoice)

„Die Wahrnehmung in Polen ist, dass die Ottawa-Konvention ein Relikt aus einer vergangenen Epoche der Geschichte ist. Die polnischen Streitkräfte sind sehr unglücklich mit der Ottawa-Konvention, weil sie ihre Landminen, womöglich einige Millionen, zerstören mussten.“

Die Ottawa-Konvention verbietet Anti-Personen-Minen, also Sprengkörper, die sich ausschließlich gegen Personen richten und von diesen ausgelöst werden.

Andere Minen sind aber weiterhin erlaubt. Bei diesen Minen-Typen rüstet Polen inzwischen wieder auf. Beim einheimischen Unternehmen Belma wurden unter anderem 300 Küstenminen gegen Landungsboote geordert. Außerdem eine unbekannte Zahl von Anti-Panzerminen. Das polnische Militär hätte aber offenbar gerne Tausende ganz neuartiger Minen. Auf einer Fachtagung der NATO-Pioniere am Military Engineering Centre of Excellence der Allianz in Ingolstadt sprach die polnische Delegation von einer „NATO-Anti-Invasionsmine“. Details hierzu sind in der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt. Der polnische Verteidigungsexperte Marek Swierczynski meint zu wissen, welchen Landesteil das Militär mit diesen Minen vor allem sichern will.

O-Ton Swierczynski (overvoice)

„Der Landesteil im Nordosten, der vor allem an Weißrussland grenzt, ist eine einzige weite Ebene. Wenn man auf den Ersten und Zweiten Weltkrieg zurück-

blickt und sogar bis auf die Napoleonischen Kriege – dann war das traditionell die Route, auf der sich große Truppenformationen bewegt haben.“

Zwischen den NATO-Ländern wird inzwischen rege über gemeinsame Minenkonzepte diskutiert. Dazu äußern will sich das Bündnis auf Anfrage von NDR Info allerdings nicht. Zudem gibt es bereits erste Kooperationen mit Nicht-NATO-Ländern. So wollen die Niederlande und Finnland gemeinsam für ihre alten Landminen moderne Zünder entwickeln. Ziel sind Sprengkörper, die sich beliebig aktivieren und deaktivieren lassen.

Auch die Bundeswehr setzt jetzt wieder stärker auf Minen. Zurzeit prüft das Bundeswehr-Planungsamt das Vorhaben „System mit der Fähigkeit zum Hemmen und Kanalisieren von Bewegungen“. Teil davon ist auch ein neuer Minentyp für das Deutsche Heer. Dessen Sprengwirkung soll unterschiedlich einstellbar sein. Außerdem soll die Mine ferngezündet werden können. Ein sogenannter „Sperrverantwortlicher“ würde die Minen mit Sensoren wie Drohnen aus der Distanz kontrollieren und bei Bedarf in der jeweils gewünschten Stärke auslösen. Damit sollen „gegnerische Fahrzeuge und/oder abgessene Schützen bekämpft werden“, teilt das Heer auf Anfrage von NDR Info mit. Durch eine skalierbare Sprengwirkung könnte beispielsweise ein Panzer total zerstört werden. Er könnte aber auch nur angesprengt werden, so dass er liegen bleibt und dadurch nachrückende Einheiten blockiert. „Ein solches System ist aber auf dem Weltmarkt nicht verfügbar und müsste entwickelt werden“, so ein Sprecher des Heeres.

Aber wäre so ein neues Minen-System konform mit der Ottawa-Konvention? Schließlich hat auch Deutschland die Vereinbarung unterzeichnet und seine gesamten Bestände an Anti-Personen-Minen zerstört. Die angestrebten neuen Minen könnten nicht nur gegen Fahrzeuge eingesetzt werden, sondern auch wieder unmittelbar gegen Soldaten. Offenbar wäre so ein Minen-Einsatz trotzdem kein Verstoß gegen die Konvention von Ottawa, die Anti-Personen-Minen verbietet. Thomas Küchenmeister, ehemals Leiter des Aktionsbündnisses Landmine.de, das sich für ein Verbot von Anti-Personen-Minen eingesetzt hat:

### O-Ton Küchenmeister

„Ich denk, so ein System, wenn es dann wirklich so konzipiert ist, dass ein Mensch die Entscheidung trifft, ob die Waffe aktiviert wird oder nicht, ist dann Ottawa konform. [Aber] sobald das Verfahren automatisiert wird - und das ist natürlich kein Problem, es stellt technisch keine Schwierigkeiten dar - dann wäre es ein Verstoß gegen die Ottawa-Konvention.“

In der Tat verbietet die Ottawa-Konvention ausdrücklich nur - wie die Militärs sagen - „opferausgelöste“ Minen. Das heißt beispielsweise, die Mine explodiert erst, nachdem eine Person auf den Sprengkörper getreten ist. Ferngezündete Minen erfasst die Ottawa-Vereinbarung nicht. Diese Lücke nutzen Staaten, um Minen einer neuen Generation zu entwickeln. Angesichts der technischen Möglichkeiten ist die Ottawa-Konvention von 1999 heute nicht mehr zeitgemäß. Ernsthaftige Bemühungen aus der Politik, die Konvention anzupassen, gibt es bisher allerdings nicht.

Ginge es nach den Bundeswehr-Planern, dann sollte das Heer bis 2025 mit so einem neuen Minensystem ausgestattet werden. Es erhöhe die Kampfkraft der Truppe. Das Fehlen an Soldaten könne auf diese Weise teilweise kompensiert werden, verdeutlicht die Heeres-Analyse „Wie kämpfen Landstreitkräfte künftig?“

Ob die Bundeswehr allerdings in die moderne Minenkriegsführung einsteigen wird, ist ungewiss. Denn es gilt der Primat der Politik. D.h., das letzte Wort hat die Bundesregierung.

Das Deutsche Heer muss daher erst einmal kleine Brötchen backen. Es hat aus seinen Depots alte Exemplare des Minenverlegesystems 85 geholt, benannt nach dem Einführungsjahr 1985. Die bringt die Truppe jetzt auf Vordermann, um überhaupt wieder den Minenkrieg trainieren zu können.

\* \* \*



## Flocken

Björn Müller berichtete.

Das war die letzte Ausgabe von Streitkräfte und Strategien in diesem Jahr. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte). Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Einen guten Start ins neue Jahr wünscht im Namen des ganzen Teams Andreas Flocken.